

Innenpolitik, [Budget 2011](#)

Mittagsjournal, 18.12.2010

Bundespräsident Fischer im Ö1-Journal zu Gast,

Stefan Kappacher

Fischer für gemeinsame Schule der 10 bis 14-Jährigen

Argumente der Experten überzeugen

Im Streit um die gemeinsame Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen, die die ÖVP weiterhin strikt ablehnt, stellt sich Bundespräsident Heinz Fischer jetzt ganz klar auf die Seite der Befürworter. Fischer sagt in der Ö1-Reihe "im Journal zu Gast", ihn hätten die Experten vom Sinn und der Wichtigkeit einer solchen Schulreform überzeugt.

Kritik am Budget-Zeitplan

In wenigen Tagen wird im Parlament das Budget beschlossen, das die Regierung immer als Kernstück ihrer Arbeit bezeichnet hat. Das sieht auch Bundespräsident Heinz Fischer so - und Fischer nimmt durchaus kritisch zu diesem Budget Stellung - vor allem an der verspäteten Vorlage durch die Regierung.

Inhaltlich beklagt Fischer vor allem die Kürzung im Entwicklungshilfebereich, anerkennt aber das Bestreben der Regierung, das Defizit zu verringern.

Für gemeinsame Schule

Der Bundespräsident mahnt in diesem Zusammenhang auch die überfälligen Strukturreformen ein, vor allem im Bildungswesen. Und Fischer gibt im Streit um das Schulsystem in Österreich ein klares Bekenntnis zur gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen ab, die die ÖVP weiterhin strikt ablehnt. Fischer will für die gemeinsame Schule auch in Kauf nehmen, dass damit das klassische achtjährige Gymnasium abgeschafft wird.

Ihn hätten die Experten vom Sinn und der Wichtigkeit einer solchen Reform überzeugt, so der Bundespräsident. Es gehe hier darum, Begabungen bestmöglich auszuschöpfen und dies könne nur geschehen, wenn es nicht zu früh zu einer Selektion kommt. Diese differenzierte gemeinsame Schule könne durchaus Lehrstoffe des Gymnasiums berücksichtigen, so Fischer.

Wehrpflicht beibehalten

Ein Ende der Wehrpflicht, die derzeit in Österreich diskutiert wird, hält der Bundespräsident für nicht sehr realistisch. Vom bestehenden System abzugehen, mache nur dann Sinn, wenn ein Modell vorliege, das besser und nicht teurer sei.

Habsburger zur Kandidatur zulassen

Zur Frage der Habsburgergesetze wiederholte Fischer seinen bisherigen Standpunkt, das Kandidaturverbot für Mitglieder der Familie Habsburg bei Bundespräsidentenwahlen sollte aufgehoben werden. Fischer argumentiert, dass man von einer Monarchie, die vor mehr als 90 Jahren zu Ende gegangen sei, nichts zu befürchten habe.